



Position der IG Metall Bremen zum 1. Mai – Solidarität kennt keine Branche!

Auf dem 1. Mai 2018 in Bremen ist der Gastredner Dietmar Schilff, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Dies wird aktuell zum Anlass genommen, Unterschriften dafür zu sammeln, dass die GdP auf der 1. Mai Kundgebung nicht reden darf. Diese Unterschriften wurden der DGB Vorsitzenden Annette Düring am im Wesentlichen von Aktivisten vom „Bund für den Wiederaufbau der KPD“ übergeben. Ihre Argumentation zielt darauf ab, die Polizei als „Gegner der Arbeiterbewegung“ aus „unseren Reihen auszuschließen“.

Zu diesem Sachverhalt bezieht die IG Metall Bremen eine klare Gegenposition

Die GDP ist unsere Schwestergewerkschaft innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Keine Polizei auf der DGB Kundgebung!“ - solche einfachen wie auch diffamierenden Forderungen stehen solch einfachen und populistischen Parolen, wie sie auch aus dem rechten Spektrum der Gesellschaft kommen, in nichts nach.

Die Arbeit der Gewerkschaft der Polizei, als Interessenvertretung der bei der Polizei beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, ist um ein Wesentliches komplizierter als in anderen Gewerkschaften. Und dies hat etwas mit der Stellung, der Rolle und den Aufgaben einer Polizei in einer demokratischen Gesellschaft und Staatsform zu tun. In erster Linie steht die GdP – wie alle anderen DGB-Gewerkschaften auch - für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in ihrem Bereich. Zudem verändern sich in unserer Gesellschaft der Umgang und die Akzeptanz der Arbeit der Polizei. Niedrigere Hemmschwellen sowie ein höheres Gewaltpotential gegenüber Kolleginnen und Kollegen im Polizeieinsatz sind Alltag vieler Polizistinnen und Polizisten. Für die GdP bedeutet dies in ihrer Arbeit wesentlich direkter konfrontiert mit der Frage zu sein, wie die Kolleginnen und Kollegen vor Gefahren und Gewalt zu schützen sind.

Rechte und rassistische Tendenzen nehmen in vielen unserer Betriebe zu, denn die Belegschaften sind immer auch Spiegel der Gesellschaft. Genau gegen diese gesellschaftlichen Entwicklungen müssen wir uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verbünden und gemeinsam nach Antworten suchen. Hier aber die GdP für diese Entwicklungen verantwortlich zu erklären und aus diesem Dialog ausgrenzen zu wollen, ist nicht nur absurd, sondern politisch völlig falsch. Die GdP ist ein demokratischer Faktor innerhalb der Polizei. Eine (selbst)kritische Debatte über den Umgang mit Gewalt und Gegengewalt kann nur mit ihr und schon gar nicht gegen sie geführt werden. Wir erwarten von einer DGB Gewerkschaft ein eindeutiges Bekenntnis gegen Polizeigewalt und eine klare Positionierung und Aufklärung nach Innen und nach außen. Es geht darum, die Debatte um die umstrittenen Polizeieinsätze, wie aber auch um die zunehmende Gewaltbereitschaft von Demonstranten und den Umgang der Polizei mit diesen Entwicklungen intensiv zu führen.

Dazu gehört sicher auch die Frage, unter welchen Bedingungen die Polizei arbeitet, wie sie sich in bestimmten Situationen verhält - und wer darauf in welcher Form eigentlich Einfluss nimmt. Härtere Gesetze, mehr Polizeirechte ohne Verfahren, mehr Selbstschutz durch frühzeitigeres und strikteres Vorgehen können, aus unserer Sicht, nicht die Antwort auf diese Probleme sein.

Aber dazu gehört eben auch die Frage, ob der DGB z.B. Räumlichkeiten für Organisationen anbietet, die auf ihren Homepages eindeutig zu Gewalt und Ausgrenzung aufrufen?

Die Polizei ist Teil unseres Rechtsstaates, sie schützt uns Bürger und leistet einen unverzichtbaren Beitrag.

Zu diffamieren, pauschal anzuklagen und auszugrenzen, stärkt rechtes Gedankengut und zerstört den Dialog und die Zusammenarbeit.